

**DER VEREINIGTE
DÄNISCHE
REICHSTAG VON
1848. EIN
DEUTSCHER AN...**



8002.0. DS

K. Gerwae.

Der

vereinigte dānische Reichstag

von 1848.

Ein Deutscher an Deutsche.

Kopenhagen.

In der Universitätsbuchhandlung von Andr. Fred. Höst.

Gedruckt bei Bianco Luno, Königl. Hofbuchdrucker.



12

Das Schicksal der unter dem Scepter des dänischen Erbkönigshauses vereinigten Lande ist in dem letzten Decennium ein mannigfach bewegtes und nicht sehr glückliches gewesen. Denn zu der Zahl wirklicher Missverhältnisse und Uebelstände, wozu man mit Recht z. B. die unbestimmte Erbsfolge für einen Theil der Monarchie, viele Mängel der Verwaltung und Steuervertheilung, eine ungleichmäßige Anordnung des Unterrichtswesens u. s. w. rechnen kann, welche aber, mehr oder weniger in jedem Staate zu finden sind, der etwas lange am ancien régime festgehalten hat — zu diesen an sich nicht unerheblichen, aber doch zu ertragenden Missverhältnissen ist eine so große Menge von eingebildeten Uebelständen hinzutreten, daß man fast an der Möglichkeit einer glücklichen politischen Zukunft für die deutschen und dänischen Bewohner des Staates verzweifeln möchte, wenn nicht die ruhige Ueberlegung doch zulegt sich stärker erwiese, als alle Stürme einer begehrlichen Leidenschaft. Denn die Grenzen des wirklich Bestehenden hat man aus den Augen verloren, von Seiten der deutschen Partei, indem man mit Ungestüm auf eine Constituirung des Staates Schleswig-Holstein als eines selbständigen und völlig deutschen

Reiches drang, von Seiten der dänischen Partei, indem man das früher einmal in uralten Zeiten bestehende „Südjütland“ noch als wirklich dänische Provinz zu besitzen meinte und aus der Begeisterung für eine schöne nationale Vorzeit Normen für Ordnung der Verhältnisse in der Gegenwart finden zu können glaubte. Aus diesem gegenseitigen Uebergreifen ist ein gewalt-samer Conflict beider Nationalitäten entstanden, von jeder Seite her hat man sich eine ganz verschiedene Idee des Staats-lebens wie es sein sollte, gebildet, und diesem idealen Ziele nachstrebend, den andern Theil, der das Entgegengesetzte wollte, als erklärten Feind betrachtet und behandelt. In jeden Kampfe ist freundliche Hülfe willkommen, und so hat sich Dänemark dem Skandinaventhum, Schleswig-Holstein dem Germanismus in die Arme geworfen.

Wohl könnte eine schnellfüßige Logik hier sagen: dem na-türlichen Streben der Völker muß man keine Hindernisse in den Weg legen, und wenn die Nationen wirklich zu der Ueber-zeugung gelangen, daß ihre Natur und politische Anschaufung viel Abweichendes haben, ist Trennung der einzige Weg zur Schlichtung der Streitigkeiten. Denn das Volk ist der lebendige Inhalt des Staats und nur soweit es die Freiheit hat, un-gestört seiner Eigenthümlichkeit treu zu bleiben, ist es wirklich frei zu nennen. In diesem Sinne haben sowohl die Dänen (vorzüglich im „Fædreland“) als die Deutschen (namentlich im „Kiefer Correspondenzblatt“) auf reine unverfälschte Volks-thümlichkeit bestanden, und wäre in Wirklichkeit eine scharfe bestimmte Grenze der Nationalität da, so würde man sich wohl um diese einig geworden sein. Doch gilt es den Kampf um ein ganzes Herzogthum, und keine Partei will die andere fahren lassen, ohne Schleswig für sich ganz und gar gewonnen zu haben. Was nun bei diesem Kampfe Bittres

und Böses in die Gemüther hineingefahren ist, und den Nationalhaß zu einer ganz alltäglichen Erscheinung gemacht hat, soll hier nicht weiter berührt werden: die Frage ist allein, ob die gegenwärtige Lage nicht einen andern Standpunkt der Be trachtung fordert, und ob die letzten Ereignisse seit der Thron besteigung Friederich VII. diesen nicht von selbst an die Hand geben.

Man darf aber bei der Beantwortung solcher Fragen nicht über die Schwierigkeiten hinweghüpfen, und sich in das Dämmerlicht der Unparteilichkeit einhüllen, ganz allein den Staat und das Interesse der Krone urgiren und die Kämpfenden zum Besluß allenfalls an die edle Tugend der Versöhnlichkeit erinnern. Denn die staatliche Unirung verschiedener Völker sieht sich von außen leicht an und ist für den politischen Dia lektiker ein Kinderspiel, aber geht tatsächlich ziemlich schwer vor sich, indem von beiden Seiten ein Nachlassen des Egoismus und Ausgeben früherer Lieblingspläne gefordert wird, welches der menschlichen Natur viele Ueberwindung kostet. Um zu verstehen, was die Nationalität einem Volke sei, muß man mehr gesund und warm fühlen, als logische Deductionen machen, und da Niemand aus seiner Haut kann, welches auch ganz gut ist, weil sonst eine erschreckliche Doppelgängerei stattfinden würde, so folgt ohne Weiteres daraus, daß eine Nation der anderen zu Liebe nicht ihre Volksthümlichkeit aufgeben darf. Die erste Bedingung des Vertrags also, wenn gemeinschaftlich Etwas erreicht werden soll, muß die sein, daß die Rechte beider Nationalitäten gleichmäßig geschützt und in ihrer Selbständigkeit aufrecht erhalten werden.

Die Streitenden selbst aber können doch unmöglich die Schiedsrichter sein, und jeder Vernünftige wird einräumen, daß hier das Urtheil dem Staa te zuläßt. Sollten die

Streitenden selbst ganz allein rathen, so wäre Bürgerkrieg und Unterdrückung der besiegten Partei unzweifelhaft. Indessen wird von jeder Seite gefordert, daß der gemeinsame Souverain ganz auf ihren Gesichtspunkt eingehen solle: die nationalen Dänen wollen, er solle sich mit absolut dänischen Rathgebern umgeben, die Schleswigholsteiner, daß Männer wie Beseler und ihm Gleichgesinnte ihre Sache vor dem Throne verfechten; jene er solle „Gammel Dannemark“ bis zur Eider wiederherstellen, diese er möge den Unionstaat Schleswigholstein bestätigen. Der Gegenstand des Zwistes ist immer Schleswig; aber ist es diesem oder jenem Theile völlig einzuverleiben, oder soll es durchgehauen werden, wie das Kind, welches vor Salomo gebracht wurde? Bei dieser Lage der Dinge kann Einen das Gefühl beschleichen, als hätte ein unglückseliges Verhängniß zwei Völker in einander gefügt, welche sich stets gegenseitig an ihrem Glücke hinderten, überall der gesunden Entwicklung dieses oder jenes Theils hemmend in den Weg traten, und doch trotz aller Bemühungen nicht von einander könnten. Und ich will nicht läugnen, daß mir dies Gefühl auf beiden Seiten ziemlich weit verbreitet scheint. Der Schleswigholsteiner sieht das dänische Element in den Herzogthümern als ein fremdartiges, über die Maßen lästiges Ding an, und der Däne betrachtet die deutschen Theile der Monarchie ungefähr wie einen Bleikloß, welcher ihm am Fuße hängt und das Gehen erschwert. Und solche Gefühle werden zu Worten und von Worten zu Thaten.

Doch ist es zu Zeiten gut, dem Gefühle nicht alle Herrschaft einzuräumen, weil es zuletz mit dem Verstande davon geht, und eine solche Zeit, meine ich, ist die jetzt mit der Thronbesteigung Friedrich VII. eingetreten. Durch das Rescript vom 28sten Januar ist eine Constitution mit beschließender

Volksstimme verheißen worden, freilich in ihrem Entwurf, der auf ein wohlgefügtes und organisch gegliedertes Staatsganze, also seinen Nationalitätsstaat hinarbeitet, wohl keiner von beiden Parteien aus der Seele gesprochen; aber es blickt ein höheres Licht in die verworrene Masse der Zwistigkeiten hinein, und fordert, daß man sich seinem wärmenden und leuchtenden Strahle nicht entziehe: das Licht wahrer Volksfreiheit.

Die Regierung also hat ihr definitives Urtheil gesprochen: sie will Versöhnung und Vermittlung der streitenden Nationalitäten durch ein gemeinsames Wirken beider am Werke der Freiheit, und zwar einer Freiheit, welche nicht der einen Seite Gerechtsame zuwendet die sie der andern entzieht, sondern beide in dem, was ihnen von Rechtswegen zukommt, schützen will. "Man kann ein wahrer Mann des Volks sein, ohne von vorn herein jede Regierungsmafregel mit Mißtrauen zu verfolgen, und ihr einen schlechten Sinn unterzulegen, wie hier geschehen würde, wenn man sagen wollte: „Die Staatspolitik ist wesentlich nur dynastisch und will den gesammten territorialen Besitz durch künstliche Vermischung der Gebiete retten, während sie den eigentlichen Volkswunsch, die Herstellung eines völlig reinen Nationallebens mißachtet.“ Eine solche suspiciose Auffassung der Sache ist aber bei keinem wohlgesinnten Staatsbürger vorauszusehen, und wären solche Vermuthungen begründet, so hätte ja doch das Volk die Macht in Händen erhalten, vielen dieser Uebelstände abzuholzen. Aber die Idee der Volksfreiheit eben ist es, welche, wenn sie lebendig wird und die Geister treibt, ein Licht darauf fallen läßt, wie viele von jenen Mißverhältnissen tatsächlich begründet, und wie viele erst in der Erbitterung des Kampfes durch geslliessliche Entfremdung und künstlich erzeugte Feindschaft entstanden sind.

So lange eine Aussicht auf Verfassung nur eine Aussicht war, und Niemand ihre bestimmte Tendenz ahnen konnte, habe ich den ganzen Streit der beiden Nationalitäten als eine natürliche Sache und gewissermaßen, obwohl sie die Ordnung des Ganzen störte, als eine gesunde Entwicklung und Bewegung vieler in der Tiefe schlummernder Kräfte angesehen. Denn es ist gut, daß dem Herzen Lust gemacht, und frisch herausgesagt wird, was man meint. Ich will damit nicht die zu ganz willkürlichen Forderungen auf beiden Seiten gesteigerte Heftigkeit loben, noch traue ich den übermäßigen Freiheits- und Volksthümlichkeits-Betheuerungen ganz, wenn sie einen Kreis ziehen, wie jener Römer und sagen: innerhalb dieses will ich Antwort haben! — im Gegentheil scheinen die streng nationalen Freiheitsideen sehr enger Natur zu sein, wenn sie beschränkten, aber leidenschaftlichen Köpfen anheimfallen: doch lag dem ganzen Kampfe eine tiefere historische Notwendigkeit zum Grunde, und was Jahrhunderte lang sich vorbereitet hat, ist in der Gegenwart zum Ausbruche gekommen. Auf beiden Seiten stehen Beispiele der ehrenwertesten Gesinnungstüchtigkeit, und mir scheint, man muß sich in die allerliestste Tiefe des Parteigeistes hinunterwühlen, um hier nur Licht und dort nur Schatten zu erblicken. Doch jetzt stehen die Sachen anders: als gemeinsames Ziel liegt die staatsbürgerliche Freiheit vor, und es gilt nur, daß man dies Ziel für wichtiger und höher hält, als diejenigen Gegenstände, um welche man früher gestritten hat.

Könnte ein Kämpfer für die Volksfreiheit der Vorzeit, ein Caius Gracchus oder John Hampden zu uns treten, er würde sagen: wer diese Sache zuerst erfaßt und am reinsten durchführt, der hat gesiegt, und wäre die andere Partei auch tausendmal so national und zahlreich! Nicht der Zwist des Augenblicks, und die Genugthuung, seinen Willen durchgesetzt

zu haben, sondern das Ziel einer freien Zukunft muß das Leistende sein, und wer diese zuerst erreicht, wird den Andern zwingen können, ihm zu folgen.

Und sollte die Sache der Freiheit nicht so viel werth sein, daß man sich ihretwillen verständige? Oder wie Vieles glaubt man durch Einigkeit erreichen zu können, was durch fortgesetzte Trennungspläne verloren gehen würde? Und kämpft man nicht für das Volk? Das sagen ja Alle. Wenn nun das Volk sagt: unsere Nationalität, die wir einmal haben, nimmt uns Keiner und giebt uns Keiner, aber was wir leiden, entspringt aus unserer niederen Stellung als Staatsbürger, da wir nicht vertreten sind und unsere Angelegenheiten nicht selbst wahrnehmen können; auf uns lasten die großen Gutsbesitzer und Capitalisten, die Büroukraten und Aristokraten; gebt uns die Mittel selbstständig und frei im Ganzen mitzuwirken, so wollen wir Euch als Männer der Freiheit preisen — würde man das für so sehr unvernünftig halten? Hier eben ist ein sehr wesentlicher Punkt, den man sich in zu großer nationaler Hize anders vorstellt, als er factisch vorliegt. Der gesunde Sinn des Volkes weiß wohl die Nationalität zu schätzen, aber, eben weil er gesund ist, treibt er nicht diesen Cultus damit, welchen einige Führer der Bewegung ihm anerziehen wollen; das Volk rast nicht vor Begeisterung oder geräth in heftigen Zorn, wenn es entweder seine Sprache und Sitte ausschließlich gelten sieht oder Andre von verschiedener Nationalität um und bei sich erblickt, sondern ist sinnig genug einzusehen, daß die Nationalität allein weder den ganzen Menschen noch den Bürger macht, daß aber zu diesen beiden Dingen eine staatlich freie Existenz wesentlich und nothwendig ist. Wenn dieses Verhältniß oft anders aufgefaßt wird, so liegt hier fürwahr nicht die Schuld an einer Gedankenlosigkeit

des Volks, sondern an den extravaganten Ideen der Gebildeten, welche vergebens sich abmühen werden, dem Volke die Freiheit anders darzustellen, als was sie wirklich ist: die größtmögliche Gleichheit der bürgerlichen Rechte.

Und wenn nun ein solches Ziel für sämmtliche Bewohner des Königreiches und der Herzogthümer durch die jetzt verheissene Verfassung zu erreichen ist, sollten da nicht Alle die Freiheit, welche früher das Parteigewand trug, die schleswigholsteinische und die dänische Freiheit, der ganzen und wahren Freiheit willig unterordnen? Ich will nicht sagen zum Opfer bringen, denn urplötzlich ändern sich nicht die Ideen und Tendenzen, und die Freiheit ist auch kein Abstractum, welches ohne innige Verbindung mit der Volksthümlichkeit bliebe. Aber in den Verordnungen des Königlichen Rescripts vom 28ten Januar ist auch das Verhältniß beider Nationalitäten so vollkommen gleichgestellt, und jedem überlassen, welcher Sprache er sich bedienen will, daß über den Willen der Regierung und ihre Gerechtigkeitsliebe kein gegründeter Zweifel vorliegt. Freilich meinte noch kürzlich das Fædreland, daß die gerühmte volksthümliche Gesinnung des jetztregierenden Königs auf die ausschließliche Liebe zur dänischen Nationalität zu beziehen sei, aber hat darin gewiß Unrecht, weil wesentlich damit nur die Liberalität und die der constitutionellen Volksfreiheit zugewandte Gesinnung des Monarchen bezeichnet ist, und ein jeder sowohl deutsche als dänische Staatsbürger sich dieser Volksfreundlichkeit gleichmäßig erfreuen wird. So hoffen wir zuversichtlich, weil es gerecht ist. Der offenste Beweis aber der Denkweise des Königs liegt in dem Amnestierescript hinsichtlich der politischen und Pressevergehen und in der seit jenem Erlaß eingetretenen freieren Bewegung der Presse. Sollte denn diese größere Freiheit, seine Gedanken unumwunden auszusprechen, dazu benutzt werden,

möglichst vielen Haß auszustreuen und die gedeihliche Wirksamkeit eines vereinigten Reichstages im Vorauß zu verhindern? Man müßte doch im Grunde von der Bedeutung constitutioneller Freiheit für das gesammte Staatsleben nicht sehr hoch denken, wenn man sie völlig Preis gäbe, um nur diese oder jene Lieblingsidee, wie etwa die der Nationalität, zur allein geltenden zu machen. Wäre aber irgend eine Möglichkeit vorhanden, daß uns nach preußischem Muster eine romantische Verfassung zu Theil würde, in welcher im Grunde nur eine Faktion, nämlich die ritterliche, herrscht, wo also eine Tendenz das Ganze leitet, und zwar, wie es scheint, nicht den allerkürzesten Weg zur staatlichen Freiheit; — wollte man eine solche engherzige Freiheit, so würde sie uns allein von irgend einer der strict nationalen Parteien zu Theil werden können, indem diese in ähnlicher Weise nur eine Tendenz als exklusiv berechtigt in den Vordergrund schieben, und erst wenn diese vollkommen politische Grundlage geworden ist, die Freiheit wollen. Möchte nur nicht eine spätere Geschichtsschreibung von den Deutschen und Dänen sagen: sie kämpften um die staatliche Freiheit, und als sie ihnen geboten wurde, wollte sie keiner!

Ist aber das lebendige Gefühl für staatliche Entwicklung vorhanden, d. h. ist es wichtiger, als der bisherige Motor aller Bewegungen, die Nationalität, so werden wiederum Mißverhältnisse als eingebildet erscheinen, welche jetzt noch als die wesentlichsten Hemmnisse der Verfassung gelten, nämlich die Vereinigung beider Parteien zu einer gemeinschaftlichen Vorberathung, die gleiche Berechtigung zweier Sprachen in einem Parlament, und die völlige Wechselseitigkeit der Versammlungsorte, so daß Dänen mit Deutschen in den Herzogthümern und Deutsche mit Dänen in Kopenhagen das Landeswohl berathen und beschließen. Wäre die Natur beider Völker so

sehr verschieden und läge ihre Geschichte weit auseinander, so würde wohl das Naturleben allen künstlichen Verfügungen zum Trotz die angezwungene Verbindung zerreißen. Man darf sich die Sache nicht leichter denken, als sie ist, aber auch nicht schlimmer. Der Däne hat neben dem Deutschen in Nordschleswig Jahrhunderte hindurch ruhig gelebt, und in Kopenhagen selbst hat sich neben dem überwiegenden dänischen Element das deutsche ohne Kampf in seinen Rechten behauptet. Aber die aufgeregte Leidenschaft ist erfunderisch und man hat sich gegenseitig Eigenschaften angedichtet, welche in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Der Deutsche soll anmaßend sein und der Däne ein eitler und bigiger Fanatiker. Wohl sind im Kampfe solche Extreme zum Vorschein gekommen, aber das giebt doch für die eigentliche Volksnatur keineswegs den Ausschlag. Wenn ein kühnsichtiger Patriotismus des „Fædreland“ die dänische Nation gern zu einer starkbeweglichen und heftig begeisterten machen möchte, so verkennt es ganz die Naturanlage desjenigen Volkes, dessen Sache es führen will; und obwohl ich den Deutschen für geistig unternehmender und gewandter halte, so beruht seine Weise, die Individualität hervortreten zu lassen, doch keineswegs auf Anmaßung und Ueberschätzung der Persönlichkeit, sondern auf seiner größeren Innerlichkeit. Aber im Reiche der Freiheit ist Platz für solche Gegensätze. Nur muß es das deutsche Nationalgefühl kränken, wenn ein Blatt, welches sich „Vaterland“ nennt, gleichsam das Programm einer Vertilgung alles Deutschen in Dänemark schreibt und die Deutschen überall wie eine ungehörige Zuthat des Staates betrachtet, welche von dänischem Brode zehren u. s. w. Doch würde man dem größten Irrthum Eingang verschaffen, wenn man dies für eine Volksstimme oder gar eine Tendenz der Regierung ansähe, und es stände schlecht um die Sache der

Freiheit, wenn solche gedankenlose Neuerungen den Deutschen abhalten sollten, mit Zutrauen und Freude an dem Werke der Verfassung mitzuarbeiten. Könnte es dahingegen wirklich die Meinung sein, eine specifisch dänische Regierung zu begründen zum Nachtheil des deutschen Elements, sollte noch der alte mythische Unterschied von dem dänischen Hauptlande und den abhängigen deutschen Provinzen stichhaltig sein, sollte der deutsche Unterthan der dänischen Monarchie nicht ebensowohl Kopenhagen als seine Hauptstadt betrachten können, wie der Däne, und mit demselben vollen Rechte alle Begünstigungen und Vorzüge der Residenz mitgenießen, so würde ich mit Dahlmann sagen: der Schleswigholsteiner vertauschte den sichtbaren Segen einer heimischen Regierung mit der Gunst eines abwesenden Landesherren, und an Eintracht, welche auf Gerechtigkeit gebaut sein will, wäre nun und nimmer mehr zu denken.

Doch nicht so verhält es sich: denn sowohl haben Blätter, welche mehr als das "Fædreland" die wahre Volksmeinung geben, diesen exklusiven Tendenzen auf das Bestimmteste widersprochen und für das Werk des vereinigten Reichstages zur Einigkeit ermahnt, theils giebt das Königliche Rescript vom 28ten Jan. selbst die vollkommen beruhigende Zusicherung einer gleichen und gerechten Berücksichtigung beider Elemente. Wie die Sachen jetzt stehen, ist völlige Parteilosigkeit nur Mattheit und Schlaffheit, dahingegen aber die alte hartnäckige Parteizähigkeit ein Verrath an der Sache der Volksfreiheit zu nennen. Vieles, was das untere Volk drückt und in traurige Fesseln schlägt, harrt jetzt auf Befreiung und fordert mit stummer oder lauter Bitte, daß man das Volk nicht entgelten lasse, was unselige Verhältnisse der leichtverloffenen Zeiten verschuldet haben. Die Regierung aber fordert nur vom Volke, es solle die

provinziellen und nationalen Differenzen nicht über die staatliche Freiheit stellen, und die Constitution als ein Werk ansehen, in welchem beide Theile Befriedigung finden können. Wenn der Deutsche die Sache aus deutschem Gesichtspunkte betrachtet, und der Däne aus dänischem, so ist dies natürlich, aber an diesem natürlichen Rechte soll auch Nichts geschmälert werden: und weder will das Staatsganze eine Vermischung und Vermengung beider Elemente, noch eine Aufhebung der provinziellen Unterschiede, sondern ein Ganzes im Sinne der Freiheit.

Wer es darum ehrlich mit der Sache der Freiheit meint, muß die lokalen und provinziellen Interessen in diesem Augenblick nicht höher ansetzen, als sie angeschlagen zu werden verdienen. Ich will hier zum Schluße an einige Worte des edlen Gervinus in seiner Schrift über das Preußische Verfassungspatent erinnern, die mit Zug und Recht auf unsere Verhältnisse angewendet werden können. „Bisher, sagt er, war in Preußen eine provinzielle Thätigkeit noch die gemeinnützigste, der sich Jemand hingeben konnte; aber sie war dann durch den Eigennutz der Landschaft wieder beeinträchtigt, der das Staatsganze absichtlich aus dem Auge verlor, der z. B. in der Rheinprovinz sich früherhin immer (und in einzelnen Stimmen auch noch 1845) gegen die Centralisation der Provinzen und gegen eine Verfassung sträubte. So arbeitete man dem schadenfrohen Feinde in die Hände. Denn das war die ausdrückliche Lehre eines wohlbekannten russischen Memoirs: in Bezug auf lokale Interessen möge man doch ja öffentliche Diskussionen gestatten, den Familien, Commünen und Provinzen ihre Rechte sichern, aber darum nicht jedem Scribler erlauben, sie zu verwirren mit chimärischen Begriffen von allgemeiner Freiheit und Volks-souverainität! Aber ein Mirabeau dagegen und ein Humboldt

wollten dort gar keine Staatsgesellschaft erblicken, wo nur eine Aggregation übel verbundener, unter einander ganz fremder Provinzen sei; ihnen schien, daß erst die Organisation des Reichs durch eine geregelte Verfassung den eigentlichen Staat erschaffe“.

So möge denn die Sphinx des nationalen Haders, die uns zehn Jahre Rätsel aufgegeben hat, welche Keiner zu lösen vermöchte, jetzt ihren Oedipus gefunden haben, und bei dem Worte: Freiheit! sich ins Meer stürzen.

31.1.50

